

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

17. März 2014

Afghanistan

Schwedischer Journalist ermordet

Am 11.03.14 wurde ein schwedischer Journalist im Diplomatenviertel von Kabul auf offener Straße erschossen. Eine bisher unbekannte Gruppe namens "Fidai-e Mahaz" (Front der Opferbereiten) hat sich zu dem Mord bekannt. Es soll sich um eine Abspaltung der Taliban handeln.

Taliban attackieren Wahlen

Die Taliban haben angekündigt, mit Gewalt gegen die Präsidentschaftswahlen am 05.04.14 vorzugehen. Nach dem Überfall auf den Konvoi des Präsidentschaftskandidaten Abdullah Abdullah Ende Februar wurden am 10.03.14 zwei Sicherheitsleute und vier Wahlhelfer bei einem Bombenanschlag auf das Büro von Abdullah in Herat (Westafghanistan) getötet. Am 12.03.14 wurden vier Mitglieder der Independent Election Commission (IEC) in der Provinz Nangarhar (Ostafghanistan) entführt. In der nordafghanischen Provinz Faryab wurden drei Stammesälteste und Unterstützer von Abdullah erschossen. Bei fünf weiteren Vorfällen seit Februar wurden Kandidaten und Wahlhelfer angegriffen. Mehrere Personen kamen ums Leben.

Pakistan

Angriff auf Hindus

Am 16.03.14 wurde ein hinduistisches Gemeindezentrum in der südpakistanischen Provinz Sindh (Distrikt Larkana) von einer aufgebrachten Menge angegriffen. Das Zentrum und ein nahe gelegener Hindu-Tempel wurden teilweise niedergebrannt. Auslöser war ein Gerücht über eine angebliche Koranschändung. Die Provinzregierung forderte paramilitärische Kräfte an, um die Lage unter Kontrolle zu bringen.

Anschläge

Bei zwei Bombenanschlägen auf Sicherheitskräfte im nordwestpakistanischen Peshawar und im südwestlichen Quetta starben am 14.03.14 mindestens 19 Menschen, über 30 wurden verletzt. Die Verantwortung übernahm eine wenig bekannte islamistische Gruppe namens Ahrarul Hind, die keine Verbindungen zu den Taliban haben soll. Die Tehreek-e Taliban Pakistan (TTP) verurteilte die Anschläge und erklärte, weiterhin zu direkten Friedensgesprächen mit der Regierung bereit zu sein.

Dürrekatastrophe

Dürre und ungewöhnliche Kälte haben in der Wüstenregion Thar in der südpakistanischen Provinz Sindh zum Tod von über 60 Kindern in den letzten drei Monaten geführt. Tausende Menschen leiden an Hunger und Krankheiten. Nach Behördenangaben sollen inzwischen Lebensmittel verteilt werden.

Irak

Allgemeine Lage

Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden bisher 530 Zivilpersonen im März 2014 (Stand: 16.03.14) getötet. So hat am 15.03.14 eine Serie von Bombenanschlägen in Bagdad mindestens 22 Todesopfer gefor-

dert, weitere 70 wurden verletzt. Die Bomben wurden überwiegend in von Schiiten bewohnten Vierteln detoniert. Beobachter gehen davon aus, dass die Anschläge von sunnitischen Militanten verübt werden. Landesweit wurden 32 Zivilpersonen am 15.03.14 getötet, am 16.03.14 wurden 34 Zivilpersonen getötet.

Laut Pressemeldung vom 13.03.14 wurden erneut sieben Todesurteile vollstreckt.

Syrien

Assad kündigt Präsidentschaftswahl an

Der syrische Präsident Bashar al-Assad kündigte am 11.03.14 für den Frühsommer (April oder Mai) Präsidentschaftswahlen an. Nach dem neuen Wahlgesetz ist eine Direktwahl durch das Volk vorgesehen. Die Kandidaten müssen jedoch in den letzten zehn Jahren ununterbrochen in Syrien gelebt haben, dürfen neben der syrischen keine andere Staatsangehörigkeit besitzen und müssen von mindestens 35 der 250 Parlamentarier unterstützt werden. Damit wäre ein Kandidat der Opposition nicht möglich. Es wird erwartet, dass Bashar al-Assad eine Wiederwahl anstrebt.

Regierungstruppen erobern Yabroud

Nachdem die syrischen Regierungstruppen seit Mitte November 2013 ihre Offensive in den Qalamoun-Bergen vorantreiben, haben sie - mit Unterstützung der Hizbollah - am 16.03.14 die strategisch wichtige Stadt Yabroud (Jabroud, Jabrud), etwa 60 km nördlich von Damaskus, erobert. Mit ihrer Einnahme kann eine aus dem Libanon kommende Versorgungsroute der Aufständischen gekappt werden. Die ehemalige Rebellenhochburg liegt in der Nähe einer Autobahn, die Damaskus mit Aleppo im Norden und der Mittelmeerküste im Westen verbindet. Auf der Seite der Regierungsgegner kämpften islamistische Rebellen, Angehörige der Jabhat al-Nusra und der Gruppierung Islamischer Staat im Irak und in der Levante (ISIL oder auch ISIS = Islamischer Staat im Irak und in Syrien), während sich in anderen Orten ISIL und islamistische Gruppen Gefechte liefern.

Libanon

Selbstmordanschlag/Auseinandersetzungen

Am Abend des 16.03.14 wurden vier Personen bei einem Selbstmordanschlag in dem hauptsächlich von Schiiten bewohnten Ort al-Nabi Othman in der Bekaa-Ebene, nahe der syrischen Grenze, getötet. Es wird ein Zusammenhang mit dem syrischen Bürgerkrieg vermutet; zwei der Opfer gehören der Hizbollah-Miliz an, die sich im syrischen Bürgerkrieg auf der Seite des syrischen Regimes beteiligt. Zu dem Anschlag bekannten sich die Gruppierungen Jabhat al-Nusra sowie Liwa Ahrar al-Sunna.

Bei blutigen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten kamen laut Meldung vom 16.03.14 in den vorangegangenen Tagen in der libanesischen Stadt Tripoli mindestens zehn Menschen ums Leben.

Türkei

Demonstrationen und gewaltsame Auseinandersetzungen

Am 11.03.14 löste der Tod eines bei Anti-Regierungsdemonstrationen verletzten Jugendlichen Proteste aus. Der 15-jährige Berkin Elvan, der bei den Gezi-Protesten im Sommer 2013 durch ein Tränengasgeschoss verletzt worden war, starb in einem Istanbuler Krankenhaus. In mehreren Städten gingen zehntausende Menschen aus Protest auf die Straße, es kam zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizisten. In Istanbul versammelten sich am 12.03.14 zehntausende Menschen zu einem zunächst friedlichen Trauerzug. Im Anschluss begannen jedoch Straßenkämpfe, bei denen die Polizei Tränengas, Wasserwerfer und Gummigeschosse einsetzte, die Demonstranten benutzten Zwillen, warfen Steine und errichteten Barrikaden. Nach Berichten der Nachrichtenagentur Dogan starb ein 22-Jähriger nach Zusammenstößen im Istanbuler Stadtteil Okmeydani an einer Kopfverletzung. Die Zeitung "Hürriyet" berichtet, der junge Mann sei ohne Beteiligung der Polizei bei einer Prügelei unter Demonstranten ums Leben gekommen. Die Nachrichtenagentur Dogan berichtete auch vom Tod eines 30-jährigen Polizisten, der nach seinem Einsatz in der Stadt

Tunceli im Krankenhaus einem Herzinfarkt erlegen sei, nachdem er einer großen Menge Tränengas ausgesetzt gewesen sei.

Auch in Ankara setzte die Polizei Tränengas und Wasserwerfer gegen Demonstranten ein. Weitere Proteste fanden auch in Izmir, Antalya und Eskisehir statt. Es gab mehrere Festnahmen und Verletzte.

Iran

UN: starker Anstieg von Hinrichtungen

Wegen des starken Anstiegs von Hinrichtungen haben UN-Experten die iranische Regierung aufgefordert, die Vollstreckung von Todesstrafen auszusetzen. Allein seit Anfang 2014 seien bereits 176 Menschen gehängt worden (zum Vergleich 2013: laut AA über 400 Hinrichtungen), erklärten UN-Sonderberichterstatter am 12.03.14 vor dem in Genf tagenden UN-Menschenrechtsrat. Seit Mitte 2013 nehme die Zahl von Todesurteilen und Hinrichtungen beständig zu. Die meisten Todesstrafen seien wegen Drogendelikten ausgesprochen worden. Damit verstoße Iran gegen internationale Rechtsgrundsätze, wonach Todesstrafen, wenn überhaupt, ausschließlich für allerschwerste Verbrechen verhängt werden sollten. Ein besonders gravierendes Unrecht sei die Hinrichtung einer 26-jährigen Frau, die unter fragwürdigen Umständen zunächst gestanden hatte, vor sechs Jahren ihren Ehemann ermordet zu haben, dies dann aber widerrufen hatte. Farzaneh Moradi, die am 04.03.14 gehängt wurde, war laut UN-Darstellung im Alter von 15 Jahren zwangsverheiratet worden. In ihrem Widerruf habe sie erklärt, sie sei vom wahren Mörder überredet worden, die Tat auf sich zu nehmen, da man in Iran keine junge Mutter hinrichten würde. Das Gericht habe jedoch einen Revisionsantrag abgelehnt.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Ausschreitungen auf dem Tempelberg

In der Jerusalemer Altstadt ist es am 16.03.14 auf dem Tempelberg (arab.: Haram al-Sharif; hebr.: Har haBait) zu Ausschreitungen zwischen arabischen Demonstranten und Sicherheitskräften gekommen. Die Demonstranten hätten Steine und Feuerwerkskörper geworfen, die Bereitschaftspolizei habe Blendgranaten eingesetzt und sieben „Verdächtige“ festgenommen, sagte ein Polizeisprecher. Ausgelöst wurden die Krawalle durch einen Besuch des israelischen Wohnungsbauministers Uri Ariel von der Siedlerpartei Jüdisches Heim (HaBayit HaYehudi). Der Ort ist immer wieder Schauplatz von Unruhen. Ein Besuch des damaligen israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon im Jahr 2000 auf dem Tempelberg gehörte zu den Auslösern der sogenannten Zweiten Intifada, dem gewaltsamen Aufstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzung.

Palästinenser geben bekannt: Ägypten vermittelt Waffenruhe für Gazastreifen

Angesichts der neuen massiven Gewaltausbrüche zwischen Israel und militanten Palästinensern im Gazastreifen ist Ägypten angeblich wieder (zuletzt: Ende 2012) als Vermittler tätig geworden. Die Regierung in Kairo habe eine ab dem Nachmittag des 03.03.14 geltende Waffenruhe zwischen beiden Seiten in die Wege geleitet, teilte das Mitglied der militanten Palästinenserorganisation al-Jihad al-Islami, Chaled al-Baj, im Gazastreifen mit. Am 12.03.14 hatte der Jihad al-Islami bei den massivsten Angriffen seit Ende 2012 nach eigenen Angaben binnen weniger Stunden 130 Raketen auf Israel abgefeuert. Israel bombardierte in der Nacht und danach insgesamt 36 Ziele im Gazastreifen. Opfer gab es weder dort noch in Israel.

Libyen

Regierungschef abgesetzt

Das libysche Parlament hat am 11.03.14 den Premierminister Ali Seidan per Misstrauensvotum mehrheitlich abgesetzt. Verteidigungsminister al-Thenni soll die Amtsgeschäfte vorübergehend übernehmen. Spätestens in 15 Tagen soll ein neuer Regierungschef bestimmt werden und binnen drei Monaten sollen Parlamentswahlen stattfinden. Hintergrund war die Auseinandersetzung um den Tanker "Morning Glory" unter nordkoreanischer Flagge, der im Hafen von Sider von Rebellen geliefertes Öl im Wert von 30 Millionen Dollar lud. Die libysche Regierung wollte diesen mit Gewalt festsetzen, dem Tanker gelang es jedoch heimlich der

staatlichen Eskorte zu entkommen und auszulaufen. Unmittelbar nach dem Misstrauenvotum erließ die Justiz zudem einen Haftbefehl wegen Korruption in Zusammenhang mit den illegalen Ölverkäufen der Separatisten gegen Seidan. Dieser konnte jedoch trotz eines Reiseverbots noch am selben Tag das Land verlassen und wurde zunächst in der Schweiz vermutet, wo er sich bereits in der Vergangenheit 30 Jahre aufgehalten hat. Nach Informationen des Nachrichtensenders Al Arabija ist er mittlerweile in Deutschland eingetroffen.

Seit Juli 2013 halten Milizen die wichtigsten Ölhäfen des Landes besetzt, um ihrer Forderung nach regionaler Autonomie für den Osten Libyens und einer besseren Verteilung der Einnahmen aus dem Erdölgeschäft Nachdruck zu verleihen.

Am 16.03.14 brachten US-Spezialeinsatzkräfte gemeinsam mit dem europäischen Verbundkommando SOCEUR (Special Operations Command Europe) den mit libyschem Öl beladenen Tanker „Morning Glory“ im Mittelmeer in internationalen Gewässern südöstlich von Zypern unter ihre Kontrolle, dabei soll es keine Verletzten gegeben haben. Dem US-Verteidigungsministerium zufolge hatten die Regierungen Libyens und Zyperns um den Einsatz gebeten.

Nigeria

Viele Tote bei Angriffen auf Dörfer im Bundesstaat Kaduna

In der Nacht des 14.03.14 griffen Bewaffnete die drei im Süden des zentralnigerianischen Bundesstaates Kaduna gelegenen Dörfer Ungwar Sankwai, Ungwar Gata und Chenshyi (alle Kaura Local Government Area) an. Etwa 200 der christlichen Dorfbewohner vom Stamm der Moroa verbrannten in ihren Häusern oder wurden mit Schüssen und Macheten getötet. Bei den Angreifern handelte es sich vermutlich um halb-nomadisch lebende muslimische Hirten der Ethnie der Fulani. In den letzten Jahren wurden bei den vor allem in den zentralnigerianischen Bundesstaaten Plateau und Katsina immer wieder auftretenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Hirten der meist muslimischen Fulani und den Ackerbau betreibenden meist christlichen Dorfbewohnern mehrere Tausend Menschen getötet. Die Kämpfe erfolgen meist wegen Landstreitigkeiten, Viehdiebstählen oder aus Vergeltung für vorhergehende Attacken.

Angriff der Boko Haram auf Militärkasernen

Am Morgen des 14.03.14 griffen in Maiduguri, Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno, Kämpfer der islamistischen Organisation Boko Haram die größte Militärkasernen der Stadt, die „Giwa Barracks“ im Stadtviertel Fauri, an. Es gelang ihnen, zahlreiche ihrer dort inhaftierten Mitglieder zu befreien. In das heftige Feuergefecht zwischen dem Militär und Angehörigen der Boko Haram griffen auch Kampffjets ein, die die flüchtenden Terroristen bombardierten. Laut nigerianischen Pressemeldungen sollen unter Berufung auf Führer der Miliz „Zivile Task Force“ bei den Auseinandersetzungen über 200 Boko-Haram-Angehörige (Angreifer und befreite Terroristen) von Soldaten und auch Angehörigen der Miliz getötet worden sein.

Zentralafrikanische Republik

Kritische Lage

Für die Menschen in der Zentralafrikanischen Republik wird die Lage immer kritischer. Laut Deutscher Welthungerhilfe hungert inzwischen ein Großteil der Bevölkerung. Die noch im Land verbliebenen Muslime fürchten weitere massive Angriffe der christlich dominierten Anti-Balaka-Milizen. Von den ursprünglich 130.000 Muslimen in der Hauptstadt Bangui sind nur noch rund 1.000 übrig. Jeder Fünfte ist in der Zentralafrikanischen Republik auf der Flucht vor den Kämpfen zwischen christlichen und muslimischen Rebellen. Besonders auf dem Land herrsche nach UN-Angaben Chaos.

Russische Föderation

Zehntausende demonstrieren in Moskau gegen die Krim-Politik Putins

Gegen die Einmischung Russlands in der Ukraine haben in Moskau am 15.03.14 mehrere zehntausend Menschen demonstriert. Sie folgten dem Aufruf einer Oppositionsgruppe zu der Kundgebung und trugen Spruchbänder mit Parolen wie „Lasst die Ukraine in Ruhe!“ und „Nein zum Krieg!“. Der genehmigte Protestzug startete am Moskauer Puschkin-Platz und sammelte sich dann auf der Sacharow-Straße. Unter den Demonst-

ranten waren auch prominente Putin-Gegner wie der frühere Vize-Regierungschef Boris Nemzow und die Aktivistinnen der Punkband Pussy Riot. Es sei eine der größten Kundgebungen in Moskau seit Monaten gewesen, berichtete der Radiosender „Echo Moskwy“. In den vergangenen Wochen hatte es immer wieder kleinere spontane Demonstrationen gegen die Ukraine-Politik Putins in Moskau gegeben. Dabei wurden Hunderte festgenommen. Auch sonst geht Russland mit aller Härte gegen oppositionelle Stimmen vor. In einer bisher beispiellosen Aktion sperrten die Behörden den Zugang zu mehreren regierungskritischen Internetseiten. Auch prominente russische Schriftsteller und Bürgerrechtler wandten sich mit einem Protestbrief gegen Putins Ukraine-Politik. Die 89 Unterzeichner kritisierten den Kurs Putins als „brandgefährlich“.

Ukraine

Referendum auf der Krim – Fast 97 % stimmen für den Beitritt zu Russland

Laut offiziellem Endergebnis stimmten 96,6 % der Wähler bei dem Referendum am 16.03.14 für die Abspaltung der Krim von der Ukraine und einen Beitritt zur Russischen Föderation. Die Wahlbeteiligung soll bei mehr als 80 % gelegen haben. Rund 1,5 Millionen Bürger waren bei dem Referendum aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Da rund 63 % der Krim-Bewohner russische Wurzeln haben und andere Bevölkerungsgruppen zum Boykott aufgerufen hatten, war schon im Vorfeld mit einer klaren Mehrheit für die Angliederung an Russland gerechnet worden.

Auf dem zentralen Leninplatz in Simferopol, der Hauptstadt der Krim, versammelte sich am Abend nach dem Referendum eine riesige Menschenmenge. „Wir sind zu Hause“, wurde in grüner Schrift auf den Regierungssitz projiziert. Der Platz war in ein Meer aus russischen Fahnen und Krim-Flaggen gehüllt. Der Republikchef der vom Westen nicht anerkannten Regionalregierung der Krim, Sergej Aksjonow, sprach nach Bekanntgabe der ersten Prognosen von einer historischen Entscheidung.

Jetzt soll alles ganz schnell gehen: Schon am 17.03.14 soll das Parlament zu einer Sondersitzung zusammenkommen, um die Aufnahme der Halbinsel in die Russische Föderation zu beantragen. Außerdem soll eine Delegation nach Moskau reisen, um den Prozess eines Beitritts zu Russland zu besprechen. Bereits am 19.03.14 soll der Rubel auf der Krim eingeführt werden und am Ende der Woche soll es Wirtschaftsverträge mit Russland geben. Für den 21.03.14 ist die Abstimmung im russischen Parlament über die Aufnahme der Krim geplant. Die Halbinsel Krim ist bereits seit zwei Wochen unter Kontrolle pro-russischer Milizen und schwer bewaffneter Soldaten, die offenbar unter russischem Kommando stehen. Nach Darstellung Moskaus sollen die dortigen Russen nach der Absetzung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch so vor Übergriffen geschützt werden.

Serbien

Vorgezogene Neuwahlen: Sieg der konservativen Serbischen Fortschrittlichen Partei (SNS)

Zwei Jahre vor dem regulären Ende der Legislaturperiode haben am 16.03.14 in Serbien vorgezogene Neuwahlen stattgefunden (vgl. BN v. 03.02.14). Sieger der Wahlen ist - wie erwartet - die rechtskonservative Serbische Fortschrittspartei (SNS) mit ihrem Parteivorsitzenden und bisherigen Vizepremier Aleksander Vučić, der nun das Amt des Premierministers übernehmen dürfte. Die SNS konnte mit etwa 50 % ihren Stimmenanteil fast verdoppeln und erreichte vermutlich die absolute Mehrheit, wie erste Hochrechnungen ergaben. Die bisher an der Regierung beteiligten Sozialisten (SPS) unter Premier Dacić erzielten lediglich 15 %. Die einst mächtige Demokratische Partei (DS) und die vom früheren Präsidenten Boris Tadić von ihr abgespaltene Neue Demokratische Partei liegen weit abgeschlagen dahinter.

Hintergrund

Der 44-jährige Vučić steht damit vor dem größten Triumph seiner Karriere. 1993 hatte er als nur 24-jähriger das Amt des Generalsekretärs der rechtsextremistischen Serbischen Radikalen Partei (SRS) inne. Unter Slobodan Milošević war er Informationsminister. Zusammen mit Tomislav Nikolić gründete er 2008 die neue Serbische Fortschrittspartei. Diese wurde einst dem ultranationalistischen und prorussischen Spektrum zugeordnet, gibt sich mittlerweile aber reformorientiert.

Vučić gilt als ein Meister der politischen Kommunikation. Er kann diverse Erfolge im Kampf gegen die Korruption verbuchen. Unter seiner Leitung sind erstmals auch Oligarchen verhaftet und angeklagt worden. Vučić hat nun Wirtschaftsreformen angekündigt und will die Korruption bekämpfen. Bis 2018 will er die

Beitrittsgespräche mit der EU abschließen. Viele Bürger Serbiens sehen in ihm den Retter und Erlöser. Viele Kritiker sind aber skeptisch, sie befürchten eine zu große Machtkonzentration. Auch eine Verbesserung des Lebensstandards (ca. 27 % Arbeitslosigkeit) sei in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Indien

15 Tote bei Kämpfen mit Maoisten

Maoistische Rebellen haben am 11.03.14 im zentralindischen Bundesstaat Chhattisgarh mindestens 15 Polizisten getötet. Die Patrouille sei in einer dicht bewaldeten Region rund 400 Kilometer südlich der Regionalhauptstadt Raipur auf einem Routineeinsatz gewesen, als sie von bis zu 200 Rebellen angegriffen worden sei, berichteten Vertreter von Polizei und Medien. Zu der Zahl der Opfer auf Seiten der Maoisten gab es keine Angaben.

Chhattisgarh gehört zum sogenannten „Roten Korridor“, in dem maoistische Gruppen aktiv sind und der sich vom Zentrum Indiens bis in den Osten des Landes erstreckt. Die Maoisten, die in Indien auch als Naxaliten bekannt sind, fordern im Kampf gegen die Regierung, der sie eine „halb-feudalistische, halb-koloniale Herrschaft“ vorwerfen, eine Landreform und mehr Arbeit für die Armen. Schätzungen zufolge wurden bei dem seit 1967 schwelenden Konflikt Zehntausende Menschen getötet.

China

Tod einer inhaftierten Bürgerrechtlerin

Die Aktivistin Cao Shunli starb am 14.03.14 in einem Krankenhaus, nachdem ihr während der Haft über mehrere Monate eine medizinische Behandlung verweigert worden war. Erst gegen Ende Februar war sie in ein Krankenhaus eingewiesen worden. Die bereits damals kranke Cao war im September 2013 in Peking festgenommen worden, von wo aus sie nach Genf hatte fliegen wollen um an einer Veranstaltung der UN teilzunehmen. Sie hatte sich dafür eingesetzt, dass Bürgerrechtlern erlaubt werde, zu dem nationalen Menschenrechtsbericht beizutragen, den China zur Vorlage vor dem UN-Menschenrechtsrat erarbeitete. Im Rahmen des Universal Periodic Review (UPR) ist die Menschenrechtslage in China diese Woche Thema vor dem UN-Menschenrechtsrat.

Selbstverbrennungen

Anscheinend unabhängig voneinander verbrannten sich am 16.03.14 zwei tibetische Mönche. Ein Vorfall ereignete sich in Aba (Provinz Sichuan), lokalen Quellen zufolge aus Protest gegen das gewaltsame Vorgehen von Sicherheitskräften gegen tibetische Proteste am 16.03.08. Über einen weiteren Vorfall in Huangnan (Provinz Qinghai) waren zunächst keine Einzelheiten bekannt, ebenso wenig über den Zustand der beiden Mönche.

Damit wurden in China seit 2009 insgesamt 129 Fälle von Selbstverbrennungen bekannt; vier davon ereigneten sich 2014.

„Feind des Internets“

Die Organisation Reporter ohne Grenzen zählt China in einem am 12.03.14 erschienenen Bericht weiterhin zu den „Feinden des Internets“. Das Land unterhalte das weltweit ausgefeilteste System zur Überwachung des Internets. Mindestens 70 Personen befänden sich aufgrund ihrer Aktivitäten im Internet in Haft.

Thailand/China

In Thailand festgenommene Uiguren von Auslieferung an China bedroht

Am 13.03.14 entdeckte die thailändische Polizei eine Gruppe von mehr als 200 Personen, darunter etwa 80 Kinder, die sich auf einer Plantage in der Provinz Songkhla versteckt hielt. Die Gruppe, vermutlich mehrheitlich Uiguren aus der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang, soll versucht haben, nach Malaysia zu fliehen, und ist nun von einer Auslieferung an China bedroht. UNHCR bemüht sich in Zusammenarbeit mit thailändischen Behörden, den Status der Betroffenen zu klären.